Änderung

der

Richtlinien

zur Förderung des Sports

im Landkreis Altenkirchen

vom 28.06.2016

Inhaltsübersicht:

1. Rechtsgrundlage / Zuwendungszweck
2. Gegenstand der Förderung
3. Zuwendungsempfänger
4. Förderungsvoraussetzungen
5. Zuwendungsfähige Kosten
6. Höhe der Förderung
7. Zweckbindung
8. Verfahren
9. Inkrafttreten

1. Rechtsgrundlage / Zuwendungszweck

- 1.1 Aufgrund des § 14 des Sportförderungsgesetzes (SportFG) vom 09.12.1974 in der jeweils gültigen Fassung und der Verwaltungsvorschrift Sportanlagen-Förderung vom 10.12.2015 fördert der Landkreis Altenkirchen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel den Sportstättenbau.
- 1.2 Der Landkreis Altenkirchen unterstützt den Sport in Anerkennung seiner gesellschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Bedeutung. Zweck der Sportförderung ist es, allen Einwohnern des Landkreises Altenkirchen angemessen sportliche Betätigung zu ermöglichen.
- 1.3 Das Sportförderungsgesetz Rheinland-Pfalz und die hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften zur Sportanlagen-Förderung sind auch Grundlage der Kreisförderung.
- 1.4 Ein Rechtsanspruch auf Förderung wird durch diese Richtlinien nicht begründet.

2. Gegenstand der Förderung

- 2.1 Zuwendungen werden gewährt für notwendige Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Sanierungen folgender Sportanlagen:
 - Sporthallen,
 - Sportplatzanlagen,
 - Sportplatz- und Umkleidegebäude,
 - Hallen- und Freibäder,
 - Anlagen für besondere Sportarten (Sondersportanlagen wie Tennis-, Squash- und Badmintonhallen; Tennisfrei-, Turn-, Kampf-, Kraftsport-, Golf-, Reitsport-, Skater- und Schießsportanlagen; Bootshäuser und Steganlagen von Wassersportvereinen) mit dem Nachweis der nachhaltigen Nutzung,
 - generationenübergreifende Sportfunktionsanlagen (Bewegungsparcours) und
 - Umbau von vorhandener Hochbauinfrastruktur wie Dorfgemeinschaftshäusern zu in erster Linie Sportzwecken dienenden Anlagen.
- 2.2 Keine Zuwendungen werden gewährt für
 - den Erwerb und die Baureifmachung der Baugrundstücke,
 - die Erschließung außerhalb des Geländes,
 - die Anlage von Stell-/Parkplätzen,
 - die Bauunterhaltung (Erhaltungsaufwand),
 - Heilbäder und Erlebnisbäder.

3. Zuwendungsempfänger

- 3.1 Kreiszuwendungen werden an
- kommunale Gebietskörperschaften und kommunale Zweckverbände,
 - juristische Personen, an denen kommunale Gebietskörperschaften oder Zweckverbände beteiligt oder deren Mitglied sie sind,
 - Sportverbände und Sportvereine gewährt.
- 3.2 Als förderungswürdig gelten kreisangehörigen Sportvereine, die
- dem Landessportbund Rheinland-Pfalz/ Sportbund Rheinland angeschlossen sind und dessen Mindestbeiträge erheben,
 - im Vereinsregister eingetragen sind und
 - vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt sind.
- 3.3 Die Mitarbeiter der Kreisverwaltung stehen den kreisangehörigen Sportvereinen für Fragen, die den Bau und die Finanzierung von Sportanlagen betreffen, beratend zur Verfügung.

4. Förderungsvoraussetzungen

- 4.1 Die Sportanlagen sollen den Planungsgrundsätzen der §§ 4, 5 und 9 SportFG entsprechen.
- 4.2 Die Sportanlagen sollen bedarfsgerecht, insbesondere den demografischen Erfordernissen entsprechend, geplant und angepasst werden. Auf die Erfordernisse der Inklusion von Menschen mit Behinderung ist Rücksicht zu nehmen.
- 4.3 Der Zuwendungsempfänger hat im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit vorrangig zur Finanzierung beizutragen und darzulegen, dass er in der Lage ist, mögliche Folgekosten zu tragen. Die Gesamtfinanzierung muss gesichert sein und ist nachzuweisen. Die Zuwendungen werden in der Regel mit einem Festbetrag an den zuwendungsfähigen Kosten (Festbetragsfinanzierung) gewährt.
- 4.4 Die Förderung ist nur möglich, wenn der Träger die Gewähr für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung bietet. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, die Verwendung der Fördermittel nachzuweisen.
- 4.5 Der Träger muss Eigentümer, Erbbauberechtigter oder Mieter/Pächter des Baugebietes sein. Ein Miet-, Pacht- oder Erbbaurechtsvertrag soll - vom Zeitpunkt der Bewilligung der Zuwendung an gerechnet - eine Regellaufzeit von 20 Jahren haben.
- 4.6 Mit einer Maßnahme darf grundsätzlich erst begonnen werden, wenn über die Kreiszuwendung entschieden ist. Wird vor Erhalt der Zuschussbewilligung begonnen, besteht kein Anspruch auf Förderung.
Der Landrat oder der zuständige Kreisbeigeordnete kann im Einzelfall Ausnahmen zulassen. Die Zustimmung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme begründet keinen Anspruch auf die Gewährung einer Kreiszuwendung.
- 4.7 Es wird erwartet, dass sich die Orts- und/oder Verbandsgemeinde mindestens in gleicher Höhe wie der Landkreis Altenkirchen an der jeweiligen Maßnahme finanziell beteiligt.
- 4.8 Eine Doppelförderung aus Kreismitteln ist ausgeschlossen.

- 4.9 Die bewilligte Zuwendung ist unverzüglich dem Verwendungszweck zuzuführen. Sie verfällt, wenn sie bis zum Ablauf des zweiten Jahres nach dem Jahr der Bewilligung nicht zweckentsprechend verwendet und ausgezahlt ist.

5. Zuwendungsfähige Kosten

- 5.1 Zuwendungsfähig sind bei gleichzeitiger Landesförderung die vom Land anerkannten zuwendungsfähigen Kosten. Bei Pauschalförderung seitens des Landes werden keine zuwendungsfähigen Kosten festgesetzt.
- 5.2 Bei den übrigen Vorhaben werden die Kosten nach der DIN 276 mit Ausnahmen der Nummern 110-139, 210-229, 522, 524, 611, 612 und 761-790 als zuwendungsfähig anerkannt.
Die zuwendungsfähigen Kosten müssen sich mindestens auf 10.000 Euro belaufen und als Höchstbetrag können maximal 75.000 Euro anerkannt werden.
- 5.3 Als Eigenleistung (Selbsthilfearten) werden maximal 30 % der zuwendungsfähigen Kosten anerkannt. Der Wert der unentgeltlichen Arbeitsleistungen ist fiktiv durch die Ermittlung der ersparten Unternehmerleistung nachzuweisen.
- 5.4 Ausgenommen von der Förderung sind die Kosten der äußeren Erschließung und die Kosten für Finanzierung und Einweihung. Nicht zuwendungsfähig sind ferner die laufenden Sach- und Betriebskosten.

6. Höhe der Förderung

- 6.1 Es werden gefördert
- in der Regel 5 % der vom Land anerkannten zuwendungsfähigen Kosten bei Vorhaben von kreisangehörigen Gemeinden, Verbandsgemeinden oder aus kommunalen Gebietskörperschaften gebildeter Zweckverbände mit zuwendungsfähigen Kosten über 75.000 Euro und gleichzeitiger Landesförderung;
 - in der Regel 7,5 % der vom Land anerkannten zuwendungsfähigen Kosten bei Vorhaben von Sportvereinen mit zuwendungsfähigen Kosten über 75.000 Euro und bei denen gleichzeitig auch eine Landesförderung erfolgt;
 - sowie mit einem Anteil bis zu 12,5 % der zuwendungsfähigen Kosten bei Maßnahmen von Sportvereinen mit zuwendungsfähigen Kosten bis 75.000 Euro und bei denen eine Förderung durch den Sportbund Rheinland erfolgt.
- Abweichend von der vorgenannten prozentualen Förderung wird bei einer pauschalen Zuwendungsgewährung durch das Land die Kreiszuwendung in der Regel mit einem Anteil von 12,5 % des Pauschalzuwendungssatzes bemessen.
- 6.2 Bei der Zuschusshöhe soll die Leistungsfähigkeit der Antragsteller berücksichtigt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen können mit Zustimmung des Kreisausschusses Abweichungen erfolgen.
- 6.3 Die Gesamtkosten der Baumaßnahme müssen mit den beantragten Zuwendungen einschließlich der nicht förderfähigen Kosten ausfinanziert sein.

7. Zweckbindung

- 7.1 Die Anlage muss mindestens 20 Jahre sportlich genutzt werden.
- 7.2 Nach Ablauf der Zweckbindung kann erst eine erneute Förderung für die gleiche Maßnahme erfolgen.

8. Verfahren

- 8.1 Für Vorhaben, für die auch Landeszuschüsse erwartet werden, gilt die Verwaltungsvorschrift „Sportanlagen-Förderung“ vom 10.12.2015 entsprechend.
- 8.2 Über die Einzelförderung entscheidet der Sportausschuss im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel für den Sportstättenbau.
- 8.3 Zuwendungsanträge sind mit Begründung, Baubeschreibung, Bauzeichnung, Kosten- und Finanzierungsplan, Freistellungsbescheid, positive Stellungnahme der unteren Bauaufsichtsbehörde sowie Grundbuchauszug oder Pachtvertrag bis zum 01.09. für das folgende Haushaltsjahr der Kreisverwaltung Altenkirchen vorzulegen. Hierbei ist der erarbeitete Vordruck zu verwenden.
- 8.4 Die Verwaltung teilt dem Antragsteller die Entscheidung über den Förderantrag schriftlich mit. In den Bewilligungsbescheid können „Besondere Bewilligungsbedingungen“ aufgenommen werden.
- 8.5. Die Kreiszuwendung wird nach Baubeginn und entsprechendem Baufortschritt ausbezahlt.
- 8.6 Die Auszahlung ist mit einer Baufortschrittsanzeige zu beantragen. Bis zur Vorlage des geprüften und anerkannten Verwendungsnachweises werden 10 % der Kreiszuwendung einbehalten.
- 8.7 Innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme ist der Kreisverwaltung ein Verwendungsnachweis vorzulegen.
- 8.8 Der Verwaltung ist gestattet, durch Einsicht in die Unterlagen und durch die örtliche Besichtigung den Fortgang der Arbeiten und die ordnungsgemäße Verwendung der Gelder zu kontrollieren.
- 8.9 Für die Anforderung, die Verwendung der Zuwendungen, den Nachweis und die Prüfung der Verwendung sowie die ggf. erforderliche Rückforderung der Zuwendung gelten die hierzu ergangenen Richtlinien des Landkreises Altenkirchen vom 22.02.2000 (Sammlung Kreisrecht 12.A.5) entsprechend.

9. Inkrafttreten

- 9.1 Diese Richtlinien treten am 21.09.2020 in Kraft.
- 9.2 Gleichzeitig treten die Richtlinien zur Förderung des Sports im Landkreis Altenkirchen vom 28.06.2016 außer Kraft.

Altenkirchen, den 21.09.2020

gez.

Dr. Peter Enders
Landrat